

Abonnementpreis:

Stetigjährlich
Nr. 125 80 Pf.
Bei den Postämtern
(inkl. Postgeb.)
1 2/3 92 Pf.
Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von H. Chr. Sommer,
Diez und Gm.

Diezer Zeitung

(Preis-Anzeiger.)

(Lohn-Vote.)

(Preis-Zeitung.)

Preis der Anzeigen:

Die einspaltige Petitzeile
oder deren Raum 15 Pf.
Pellamezeile 50 Pf.

Ausgabestelle:
Diez, Rosenstraße 32.
Telephon Nr. 17.

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 17

Diez, Samstag den 20. Januar 1917

23. Jahrgang

Die deutschen amtlichen Berichte.

Berlin, 19. Januar, abends. (B. B. Amtlich.)

Von keiner Front sind bisher besondere Ereignisse gemeldet.

Östliches Hauptquartier, 19. Januar. Amtlich.

Östlicher Kriegsschauplatz.

Unsere Patrouillen führten an mehreren Stellen erfolgreiche Unternehmungen durch.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des

Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern
Die in den letzten Tagen regere Gefechtsaktivität flaut wieder ab.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef

Nördlich des Sufita-Tales, in der Gegend von Karast, scheiterten gegen unsere Höhenstellungen unternommene Angriffe unter schweren Verlusten für den Feind.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Madsen.
Die Lage ist unverändert.

Mazedonische Front.

Der Vorstoß einer englischen Kompanie gegen Serres wurde leicht abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister
Fudenboff.

Der österreich-ungarische Bericht.

Wien, 19. Jan. Amtlich wird verlautbart:

Östlicher Kriegsschauplatz.

Der Feind richtete gestern nachmittags heftige Angriffe gegen unsere Stellungen zwischen dem Sufita- und Gajstn-Kol, die in unserem Feuer restlos scheiterten.

In Wolhynien hat die Gefechtsaktivität wieder abgenommen.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Im nördlichen Abschnitt der Karstfront brachten unsere Truppen von gelungenen Unternehmungen gegen die feindlichen Vorstellungen vier Offiziere, 120 Mann als Geislinge und ein Maschinengewehr ein.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts von Belang.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs:
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Der Seekrieg

Berlin, 19. Jan. (Amtlich.) Am 31. Dezember 1916 ist der englische Dampfer Harrowdale (4600 Bruttoregistertonnen) als Prise in den Hafen von Swinemünde eingebracht worden. Der Dampfer hatte ein deutsches Prisenkommando in Stärke von 16 Mann und 469 Gefangene, nämlich die Besatzungen von einem norwegischen und sieben englischen Schiffen an Bord, die von einem unserer Hilfskreuzer im Atlantischen Ozean aufgebracht worden waren. Die Ladung der aufgeführten Schiffe bestand vorwiegend in Kriegsmaterial, das von Amerika kam und für unsere Feinde bestimmt war, und aus Lebensmitteln, darunter 6000 Tonnen Weizen und 2000 Tonnen Mehl, ferner 1900 Pferde.

Der eingebrachte Dampfer Harrowdale hatte 117 Lastautomobile und ein Personenautomobil, 6300 Risten Getreide, 30 000 Rollen Stachelband und 9000 Tonnen Stahl in Knüppeln, außerdem viel Fleisch, Speck und Wurst an Bord. Von den versenkten Dampfern waren drei englische und bewaffnet. Unter den Besatzungen der aufgeführten Schiffe befinden sich insgesamt 103 Angehörige neutraler Staaten, die ebenso wie die feindlichen Staatsangehörigen in Kriegsgefangenschaft abgeführt worden sind, soweit sie auf den bewaffneten feindlichen Dampfern Feuer genommen hatten. Der Führer des Prisenkommandos war Offiziersstellvertreter Wadelwig.

Die Einbringung der Prise Harrowdale wurde bisher aus militärischen Gründen geheimgehalten. Diese sind, nachdem die Erklärung der britischen Admiralität vom 17. Januar 1917 erschienen ist, fortgefallen. Bemerkenswert ist, daß die englische Admiralität sich erst dann entschloß, die bereits längere Zeit zurückliegenden Verluste dem englischen Publikum bekanntzugeben, als diese durch das Einlaufen der japanischen Prise Hudson Maru in einem brasilianischen Hafen auch dem neutralen Ausland bekannt geworden waren.

Ein Dank flämischer Fischer.

Man teilt uns folgendes Schreiben mit:

Ostende, den 1. Jan. 1917.

Der unterzeichnete Jules de Hond, Fischer in Ostende, Langestraße 24, hält es für seine angenehme Pflicht, den Herren Admiralen v. Schröder und Jacobson, sowie besonders dem Herrn Stadtkommandanten Fischer und dem

Hafenkapitän von Ostende im Namen der hier in Ostende befindlichen Fischer seinen erkenntlichen Dank für alles auszusprechen, was sie seit vielen Monaten für sie alle getan haben, und besonders für die Erlaubnis, ihren Beruf wieder auf See unter dem Schutz und der Führung der deutschen Wachtschiffe auszuüben. Aus Anlaß des Seesturms vom 23. Dezember 1916, der leider so vielen seiner Gefellen das Leben kostete, muß unterzeichnet im Namen aller seiner Berufsgenossen noch besonders seine Erkenntlichkeit und Bewunderung für die von dem deutschen Schleppboot erwiesene Hilfe ausdrücken, sowie für die wiederholten Rettungsversuche seiner Bemannung und den bewunderungswürdigen Heldennut seines Kapitäns. Ein Wort des Lobes und Dankes verdient gleichfalls der Obermaat aus Planckenberghe, der seinerseits sein Möglichstes getan und versucht hat, um die Ostender Fischer bei diesem Sturm vom 23. Dezember 1916 zu retten.

gez. Jules de Hond.

Gebilligt von den Geretteten (folgen ca. 60 Unterschriften).

Deutsche Flieger im Heeresbericht.

In den Tagesberichten der Obersten Heeresleitung, dieser sachlichen Kriegsgeschichte des neuesten und größten Feldzugs, steht gleichzeitig die Geschichte von der stolzen Entwicklung des deutschen Flugwesens in 30 Kriegsmontaten geschrieben.

Die Nachrichten aus dem Jahre 1914 sind noch recht dürftig. Zum ersten Male erwähnt der Heeresbericht Flugzeuge im Oktober und meldet, daß zwei französische Apparate im Argonnen-Wald abgeschossen wurden. Die nächste Meldung vom 19. November berichtet, daß ein feindliches Kampfflugzeug zum Absturz gelangte, zwei zur Landung gezwungen wurden. Im Dezember wird die Flieger-Photographie erwähnt, die französische Batterien hinter dem Dackmantel des roten Kreuzes feststellte, sowie Bombenabwürfe auf Nancy; und damit schließt das Jahr 1914.

Das Jahr 1915 beginnt mit viel reichhaltigeren Meldungen. Bombenabwürfe auf Dürenkirchen, Verdun, Calais, am 21. März aus Luftschiffen auf Paris werden gemeldet und zahlreiche feindliche Flugzeuge werden abgeschossen oder zur Landung gezwungen. Im Mai kämpfen Flugzeuge erfolgreich gegen englische Seezeppelin; am 26. Juni wird zum ersten Male das deutsche Flugwesen ausführlich im Heeresbericht erwähnt. Die Oberste Heeresleitung meldet, daß wir im Kampfe um die Vorherrschaft in der Luft sichtlich die Oberhand gewonnen haben; das war während der großen Kämpfe bei Arras. Im Juni trifft ein deutsches Flugzeug ein russisches U-Boot mit Bomben und bringt es zum Sinken. Der Verlust wird auch später von der russischen Regierung zugegeben.

Am 30. September wird zum ersten Male der unvergeßliche Name Voelcke's im Heeresbericht genannt. „Südlich Metz“ heißt es, „brachte der zu einem Probeflug aufgestiegene Leutnant Voelcke ein Bojst-Flugzeug zum Absturz.“ Anfang Oktober erscheint zum ersten Male die seitdem alljährlich gewordene Monatsübersicht, aus der die Luftkampfer-Überlegenheit der deutschen Flieger hervorgeht. Der Verlust des Feindes beträgt 30 Flugzeuge gegen insgesamt 7 deutsche.

Am 11. Oktober wird Leutnant Zimmelman erwähnt: „Nordwestlich von Lille zwang Lt. Zimmelman einen englischen Kampfdoppeldecker in 4000 Meter Höhe nieder. Dieser Offizier hat damit innerhalb kurzer Zeit vier feindliche Flugzeuge zum Absturz gebracht.“

Nun folgen die Namen und Abschußziffern der beiden großen Fliegerhelden dicht hintereinander, bis am 13. Januar 1916 der Heeresbericht die Verleihung des Ordens Pour le mérite an beide gleichzeitig melden kann.

Der 1. März 1916 bringt eine interessante Meldung, in der zum ersten Male der Kampf eines Flugzeuges mit einem Eisenbahnzug erwähnt wird: „Ein von Lt. d. R. Köhl geführtes Flugzeug, Beobachter Lt. d. R. Haber, brachte einen militärischen Transportzug auf der Strecke Besançon-Jussieu durch Bombenabwurf zum Halten und bekämpfte die ausgetragene Transportmannschaft erfolgreich mit seinem Maschinengewehr.“

Erwähnenswert ist auch die Meldung vom 14. März, nach der Lt. Zimmelman mit zwei englischen und Lt. Voelcke mit zwei französischen Flugzeugen ihren 10. und 11. Gegner erledigten.

Inzwischen sind auch die Namen anderer hervorragender Flieger aufgetaucht, wie die der Lts. Jeffers, von Althaus, Parschau, Berthold, Frankl, Böhdorf, Wintgens, Mulzer, und in der Türkei der des Hptms. Duddela.

Im Mai reißt sich infolge eines Sturmes eine große Anzahl französischer Fesselballons los, von denen wir über 15 Stück bergen konnten.

Am 25. Juli kann gemeldet werden, daß ein deutsches U-Boot nördlich Jeebrügge ein englisches Flugzeug abgeschossen hat.

Die rasch gestiegene Überlegenheit der deutschen Flieger kommt am besten in den Monats-Zusammenstellungen zum Ausdruck, in denen zur Abwehr von Lügenberichten dem Feind der eigene und der deutsche Verlust in unanfechtbarer Weise vorgerechnet wird. Die einstmalig gemeldete Ziffer von 30 feindlichen Flugzeugen im September 1915 erscheint klein gegen die Siegesziffer vom Juli 1916 mit 81, vom August mit 78 feindlichen Flugzeugen, bis im September 1916 der feindliche Verlust auf insgesamt 127 Flugzeuge, davon 74 tatsächlich in unserem Besitz, hinausschnellt. Dagegen erscheint der eigene Verlust von insgesamt 21 Flugzeugen klein, so beklagenswert er an sich auch ist.

Nicht nur im Kampf der Flugzeuge gegen Flugzeuge zeigt sich das deutsche Feld-Flugwesen überlegen. Beobachtungsflieger, Artillerie- und Infanterie-Flieger tragen zu ihrem Teile durch treueste Pflichterfüllung zum Standhalten gegen den feindlichen Ansturm bei. Zwei besonders erfolgreiche Tage hatten die deutschen Bomben-Geschwader, denen es gelang, das große und außerordentlich wichtige Munitionslager von Cerisy an der Somme durch nächtlichen Bombenangriff Anfang November 1916 in Brand zu setzen, nachdem ihnen schon wenige Wochen zuvor das ebenso wichtige Munitionslager von Audruicq zum Opfer gefallen war.

Ein Trauertag für das deutsche Flugwesen wird der 28. Oktober 1916, an dem Hptm. Voelcke, das Vorbild deutscher Fliegermännlichkeit, unbefiegt durch einen Unfall ums Leben kommt, nachdem er tags zuvor seinen 40. Gegner abgeschossen hatte. Außer ihm sind schon Oblt. Zimmelman, Lt. Wintgens, Lt. Mulzer, Lt. Parschau, Lt. Jeffers, Oblt. Kirmater, Lt. Zählbusch, Lt. Rosencranz, Lt. d. R. Reimann und Hptm. Krefz dahingegangen; ihnen bleibt der unvergängliche Ruhm des Kriegshelden und Segers, und ihre Leistungen gelten der Fliegertruppe als stolzes und edelstes Vorbild.

Deutschland.

Reichskommissar für Städtewirtschaft.

Berlin, 18. Jan. Eine Verordnung des Bundesrats vom 18. Januar 1917 gibt dem Reichskommissar die Befugnis, einen Reichskommissar für Städtewirtschaft zu ernennen. Der Reichskommissar untersteht dem Kriegsamt. Er kann Anordnungen über die Herstellung und den Verbrauch von Städtewirtschaftsgegenständen ausgeben und den Verkehr mit Städtewirtschaftsgegenständen über Vorräte, Erzeugung und Verbrauch fördern.

Die Präsidenten der Vierbündnerparlamente in Berlin.

Berlin, 18. Jan. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Am Freitag trafen in Berlin die Präsidenten der Volksvertretungen der mit uns verbündeten Reiche ein. Sie leisten einer Einladung des Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf Folge, in in persönlichem Zusammensein einander näherzutreten. Eine Reihe gegenseitiger parlamentarischer Besuche sind vorangegangen, zum ersten Male aber treffen jetzt die Präsidenten aller Parlamente in Berlin zusammen. In einbeachtlicher Weise spricht sich darin das nahe und herzliche Verhältnis aus, das zwischen den Völkern unseres Bundes besteht und durch den Krieg zu unverbrüchlicher Festigkeit geschmiedet worden ist. Mit der Reichshauptstadt heißen wir die Gäste des Reichstagspräsidenten herzlich willkommen. Die tatkraftige Kammer wird durch ihren Präsidenten Hptm. Adl. Bey bei dieser Zusammenkunft vertreten. Aus Sofia kommt der Präsident der Sobranje Dr. Ratschew, aus Budapest in Vertretung des erkrankten Präsidenten der Zweite Vizepräsident des ungarischen Abgeordnetenhauses. In Wien schließt sich den Herren der Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses Dr. Schönerer an.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

51. Sitzung vom 18. Januar.

Am Ministertisch v. Voelckel, Dr. Lange, v. Breitenbach. Auf der L.-D. steht die erste Lesung des Etats.

Hg. v. Heidebrand (Konf.): In dem Etat, der auf Grund der wirklichen Einnahmen und Ausgaben aufgestellt wurde, konnten die Kulturaufgaben gefördert, auch viele Beamtengehälter erhöht werden. Den Eisenbahnen werden ihre Leistungen untergraben bleiben. Besonders erfreulich ist der Ausbau Ostpreußens, für den 700 Millionen verwendet wurden. Unsere wirtschaftliche Lage ist nicht nur knapp, sondern erfordert fortgesetzt große Entbehrungen. Die Landwirtschaft muß auch Opfer bringen und mehr leisten, als ihr vorgeschrieben ist. Die Antwort der Entente an Wilson sollte in allen Gemeinden angeschlagen werden. Die städtische Bevölkerung leidet sicher schwer unter der Lebensmittelnot. Die Klagen darüber wollen wir für uns behalten und nicht an die Front gelangen lassen. Das Wenige, was wir haben, muß gerecht eingeteilt werden. Unsere militärische Lage ist z. Bt. an allen Fronten günstig. Wir müssen jedoch noch große Anstrengungen machen, um die Feinde zu überwinden. Unserm Kaiser und König müssen wir für seine herrlichen Worte tief dankbar sein. Das preussische Volk steht hinter seinem König. Die Einheit der deutschen Na-

tion ist das Wichtigste, deshalb gehe ich auf politische Einzelheiten nicht ein. Wir müssen zuerst den Sieg erringen, namentlich auch gegenüber England. Wir müssen von dem uneingeschränkten U-Bootkrieg Gebrauch machen. (Zuruf des Abg. Hoffmann: Heller Wahnsinn! Rufe von rechts und links, Glocke des Präsidenten.) Wir müssen anders in unsern Grenzen beschützt werden als bisher. Auch wir werden von unsern Feinden Garantien und Schadloshaltungen verlangen, damit die Zukunft gesichert wird. (Beifall rechts.)

Abg. Herold (Ztr.): Das Veto des Staats ist im ganzen nicht unerföhrlich. Die Eisenbahnen hatten mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Es ist eine hervorragende Leistung, daß wir so schnell Ostpreußen wieder aufgebaut haben. Den Kriegsbeschädigten müssen wir helfen, aber auch dem Handwerk und dem darniederliegenden Kleinhandel. Die Landwirtschaft hat in diesem Kriege außerordentlich viel geleistet. Unsere U-Boote können noch viel mehr leisten. Wie das geschehen soll, überlassen wir der Obersten Heeresleitung. Nachdem die Gegner unser im Gefühl der Stärke gemachtes Friedensangebot schüdd zurückgewiesen haben, gilt es jetzt, alle Mittel zur Erringung des Sieges einzusetzen.

Abg. v. Kardorff (Zentr.): Ich schloß mich den Ausführungen des Abg. v. Heydebrand über die Kriegsführung an, betonte die Notwendigkeit einer Besserung der Lage der Gefangenen und äußerte sich enttäuscht über die religiösen Wünsche der Polen. Die Reform des Wahlrechts sollte die Regierung durch eine Vorlage anbahnen, durch die auch die Stellung des Herrenhauses beseitigt wird. Bei der Aufstellung der Kriegsziele müssen wir zur Obersten Heeresleitung Vertrauen haben. Das Friedensangebot hatte starke Wirkungen nach innen und nach außen. Der Kaiser muß auch über den Frieden entscheiden ohne Mitwirkung des Reichstags. Wäre der kommende Friede ein deutscher Friede sein?

Präsident Graf Schwerin kommt auf den Zwischenruf während der Rede des Abg. v. Heydebrand zurück, bittet den Abg. Hoffmann, der Kriegslage und der Würde des Hauses mehr Rechnung zu tragen, und ruft die Abg. v. Popenheim und Hoffmann zur Ordnung.

Eisenbahnminister v. Preitenbach: Wir kämpfen gegen eine große Koalition, wir kämpfen auch gegen Lüge und Heuchelei. Es ist immer wieder die Frage, welche Mittel und Wege zu wählen sind, um einen siegreichen Frieden herbeizuführen. Unser Friedensangebot war ein solches Mittel. Mit der Erklärung des Abg. v. Kardorff, daß nur unsere Oberste Heeresleitung Zeitpunkt und Art des Friedens bestimmen kann, kann jeder Leiter der Politik einverstanden sein. Der Minister dankte für die Anerkennung, die den Leistungen der Eisenbahnen gezollt wurde, und schloß, der Quell der sprudelnden Volkskraft werde eine geeignete Fassung erhalten.

Abg. Friedberg (natl.): Bei den Friedensbedingungen muß der Reichstag mitzureden haben. Der Etat entspricht der Wirklichkeit und ist sehr sparsam aufgestellt. Die Steuern in Preußen sind infolgedessen veraltet, als sie sich nicht nach dem jeweiligen Bedürfnis richten. Dem Ausbau der Wasserstraßen sollte der Minister mehr Interesse entgegenbringen. Die Widerstände liegen wohl bei der Rechten, die jetzt aber vielleicht umlernt. Das Klassenwahlrecht ist schwer zu reformieren, es hat abgewirtschaftet.

Finanzminister Lenge stellt die Behauptung des Vorredners richtig, daß ein Defizit gar nicht vorhanden war, so daß es der vorjährigen Steuerabgabe nicht bedurft hätte.

Abg. Bachmole (fr. Sp.): Der kaiserliche Aufruf nach Ablehnung des Friedensangebotes entsprach dem Volksempfinden. Auch die Neutralen wissen jetzt, wem sie die Fortsetzung des Krieges zu danken haben. Was Abg. v. Heydebrand heute vortrug, hätte er früher sagen sollen, dann wäre viel Verwirrung vermieden worden. Auch über die Verschärfung unseres U-Bootkrieges können nur unsere führenden Männer die Entscheidung treffen. Man hatte die U-Bootkriege gegen den Kanzler gebraucht, dessen Verdienst es auch ist, mit der Arbeiterschaft Fühlung genommen zu haben. Das Fideikommissgesetz sei geradezu ein Bruch des Burgfriedens. Das preussische Wahlrecht muß gründlich geändert werden.

Freitag: Weiterberatung.

England.

Balfour an Wilson.

Der englische Minister des Auswärtigen Balfour überreichte die Antwort an den Präsidenten Wilson über die Friedensbedingungen der Entente mit einem Memorandum, dessen Inhalt jetzt erst bekannt wird. Als Ursache des Krieges wird das Bestehen einer durch Herrschaft geleiteten Großmacht inmitten einer Gemeinschaft von Nationen, welche zu ihrer Verteidigung ungenügend vorbereitet waren, bezeichnet. Es gab zwar internationale Verträge, aber kein Mittel, deren Anwendung zu erzwingen. Die internationale Lage unsicher infolge des Umstandes, daß weder die Grenzen der einzelnen Staaten noch ihre innere Zusammensetzung dem Streben der Rassen, woraus ihre Bevölkerung bestand, entsprachen und nach dem auch jene Rassen auf eine gleichmäßige Behandlung rechnen konnten. Daß der letztere Mangelstand in großem Maße geändert werden würde, wenn die Alliierten die Aenderung der Verfassung von Europa, welche ihre gemeinsame Note andeutet, durchzuführen könnten, ist klar und braucht nicht erläutert zu werden.

Balfour sucht in seinen weiteren Ausführungen dem Präsidenten Wilson klar zu machen, daß nur auf Grund der Ententeorderungen der vom Präsidenten erwähnte dauerhafte Friede ausgerichtet werden könnte. Das ganze Kartenhaus der Balfourischen Sophistik fällt mit dem Satz, daß Deutschland die von Herrschaft geleitete Großmacht gewesen sei und daß die anderen Nationen zur Verteidigung nicht vorbereitet waren. Deutschland war die einzige europäische Großmacht, die seit 1870 auf jede Eroberung verzichtete und trotz der englischen Einkreisungspolitik und Schikanen mit Erfolg bemüht blieb, den europäischen Frieden zu erhalten.

Die Wahlrechtsfrage.

Manchester Guardian veröffentlicht die Vorschläge der Wahlrechtskommission des Unterhauses. Danach würden die Soldaten und Seeleute des aktiven Dienstes ihr Stimmrecht behalten, auch wenn sie es durch die Bestimmung über die Sechshelligkeit verloren haben sollten. Die Wahlen würden an einem einzigen Tage durchgeführt werden. Das Pluralwahlrecht im alten Sinne würde aufhören, aber wer in einem Distrikt wohnt und in einem anderen Distrikt arbeitet, würde in beiden stimmen können. Auch einige neue Universitäten würden besondere Vertreter erhalten. Die Frauen würden kein Stimmrecht erhalten.

Eine indische Kriegaanleihe.

WTB. London, 18. Jan. Menier meldet: Das indische Amt erklärt folgende Erklärung: Seit Kriegsbeginn hat die indische Regierung wiederholt mit dem Staatssekretär für Indien die Frage erörtert, ob es wünschenswert sei, eine besondere indische Kriegaanleihe aufzubringen. Es ist jetzt beschlossen worden, für das Jahr 1917-18 eine solche Anleihe aufzunehmen. Die Gründe dafür werden im kommenden indischen Etat ausführlich dargelegt werden. Der gesamte Erlös wird der Regierung des Königs übergeben werden, um ihr bei der Weiterführung des Kriegs behilflich zu sein. Die Höhe der Anleihe wird unbegrenzt sein. Die Regierung hofft auf starke Beteiligung. Die Ausgabebedingungen der Anleihe können vor der Veröffentlichung des Etats nicht mitgeteilt werden. Sie werden jedoch nicht weniger günstig sein, als diejenigen der englischen Anleihe.

Indien auf der Reichskonferenz.

Amsterdam, 18. Jan. Einem hiesigen Blatte zufolge wird der Times aus Delhi telegraphiert, man erwarte, daß unter den Vertretern Indiens auf der Reichskriegskonferenz in London auch ein eingeborener Indier sein werde. Außerdem erwarte man die Einführung des militärischen Übungsvorganges und der Dienstpflicht für Europäer und britische Indier.

Frankreich.

Kritik an Briands Orientpolitik.

Bern, 18. Jan. Yvoner Blättermeldungen zufolge haben die neugebildeten Kammer- und Senatsgruppen für nationale Aktion gestern in einer einstimmig angenommenen Tagesordnung erklärt, die Regierung habe sich der ihr zufallenden Verantwortlichkeit betreffs der militärischen Unternehmungen in Mazedonien entzogen, indem sie diese am 2. Dezember 1915 dem Oberkommando unterstellte, das der Expedition grundsätzlich feindselig gegenüberstand. Verstärkungen und Material seien daher stets nur verpäßt oder widerwillig abgesandt worden. Briand habe später diesen Fehler vor der Kammer eingestanden, sich jedoch geweigert, ihn wieder gutzumachen. Erst als eine Ministerkrisis drohte, habe er durch Erlaß vom 22. Dezember 1916, durch den das Expeditionskorps direkt dem Kriegsministerium unterstellt wurde, Abhilfe geschaffen. Die Diplomatie Briands gegenüber Griechenland sei eine Reihe halber Maßnahmen gewesen, die die traurigen Dezember-Ereignisse zur Folge hatte. Die Lage der Orientarmee in Griechenland machte es dem Senat und der Kammer zur Pflicht, von der Regierung Rechenschaft über die bisherige Lenkungsweise und über ihre Absicht für die Zukunft einzufordern. Dieselben Gruppen verlangen ferner die Bildung eines inter-alliierten Büros für Flugwesen, damit dem hier bestehenden großen Mangel gesteuert werden könne. Der Abgeordnete Ferris wird voraussichtlich morgen die Regierung über die Ereignisse in Griechenland interpellieren.

Der Munitionsarbeiterstreik.

WTB. Bern, 18. Jan. Progres de Lyon meldet aus Paris, Thomas habe nach Besprechungen mit dem Arbeitersyndikat und den Arbeitern Lohnstarife für die Arbeiter in den Landesverteidigungsanstalten in und um Paris festgesetzt. Die Lohnstarife und Arbeitsordnungen seien in den Verträgen angeschlossen. Ferner werde heute das Amtsblatt einen Erlaß veröffentlichen, durch den das Schiedsgerichtsverfahren eingeführt werde. Sollte der Entschluß des Schiedsgerichts von den Arbeitern und Arbeitgeber nicht angenommen werden, so werde der Staat durch einen Erlaß die Verträge oder Fabriken sowie die Arbeiterschaft von Staats wegen requirieren. Ferner habe Thomas in einem Aufruf die Ausständischen der Fabrik von Panhard Levaillant aufgefordert, die Arbeit wieder aufzunehmen, und ihnen versichert, daß die Regierung darauf dringen werde, daß die Lohnsätze künftig innegehalten würden. Es sei Pflicht der Arbeiter, an die Wohlfahrt des Landes zu denken. — Laut Journal des Debats sind nun auch die Arbeiterinnen der Granatfabrik Vissant wegen Lohnstreiks in den Ausstand getreten. Lonnell Rouge sagt, daß entgegen andern Meldungen noch nirgends die Arbeit wieder aufgenommen worden sei. Die von Munitionsminister Thomas ausgearbeiteten Lohnstarife würden von der Arbeiterschaft nicht günstig aufgenommen. Die Ausständigen erklärten, die Tarife nicht annehmen und sich ihnen nur im Notfall unterwerfen zu wollen. Das Ende des Ausstandes sei noch nicht abzusehen.

Ausbesserung der Kriegsschäden.

Nach Yvoner Blättern ersuchte in der französischen Kammer nach Wiederaufnahme der Erörterung des Antrags über die Kriegsschäden der Abgeordnete Cocard in einer langen Rede die Regierung um Erklärungen über die finanziellen Mittel, die die Regierung ergreifen werde, um dem Gesesanttrag nachzukommen. Der Finanzminister Ribot erklärte: Ein allgemeines Gefühl von Solidarität müsse alle beherrschen. Dieses Gefühl, das den Bewohnern der besetzten Gebiete zugute kommen solle, sei Notwendigkeit. Die finanzielle Frage brauche nicht einmal gestellt zu werden. Welche Summe auch zu bezahlen sei, sie müsse bezahlt werden; aber je schneller Frankreich seine Fabriken und Bauernhöfe in den besetzten Gebieten wiederherstelle, desto schneller könne es auf Einfuhr verzichten und seine Finanzen verbessern. Ribot erklärte sodann, daß nach dem Krieg die Lasten für

Frankreich ebenso groß sein würden wie während des Krieges, weshalb er sich weigere, diese Kriegsschäden zu bezahlen, in dem er von der Bank von Frankreich eine neue Banknotenausgabe verlange. Es gebe aber ein Mittel, nämlich die Frankreich selbst die notwendigen Kapitalien zu leihen. Eine solche Aufforderung solle das Land, wie bei den letzten Kriegsanleihen, auch einmütig antworten. Die Regierung werde sich eventuell direkt an die Sparnisse des Landes wenden. Schließlich verlangte Ribot einen provisorischen Kredit von 500 Millionen, um einige zerstörte Werkstätten und Fabriken wieder einzurichten.

Frankreichs Reiter und Besreier.

WTB. Paris, 19. Jan. Die Kammer nahm einstimmig einen Antrag Diagne an, in dem gegen das deutsche Verlangen Einpruch erhoben wird, daß die farbigen Truppen von den Schlachtfeldern ausgeschlossen würden, wo es das Schicksal des Vaterlandes, der Zivilisation und der Freiheit der Welt gehe. Diagne erklärte, die Unterdrückung der Sklaverei rechtfertige den Einpruch der kolonialen Angeordneten, den diese nicht für Frankreich, sondern für das Ausland abgegeben hätten, um zu bekunden, daß alle Rassen Frankreichs ohne Unterschied der Farbe sich erheben, um ihm das ganze menschliche Geschlecht zu retten. Ribot schloß sich im Namen der Regierung diesen Worten an.

Beschlagnahme der Alkoholvorräte.

Die französische Regierung hat, trotzdem die Kammer in der Dezember-Session ihre Zustimmung zu Regierungsmassnahmen im Verordnungswege erteilte, schon in den ersten Tagen des neuen Jahres dieses Votum umgekehrt, indem sie die Beschlagnahme aller 100 Hektoliter übersteigenden Alkoholvorräte verordnete. Diese unerwartet am 3. und 4. Januar durchgeführte sehr radikale Maßregel — denn auch jegliche Alkoholeinfuhr ist verboten — vernichtete mit einem Schlag die ganze, große Viqueur- und Spirituosen-Industrie, die dem Staate nicht weniger als 1 Milliarde einbrachte. Daß Briand diese Maßnahme unter Umgehung der gesetzgebenden Körperschaften und sogar gegen ihren deutlich ausgesprochenen Willen unternahm, bemerkt auch in der französischen Presse oft gebrauchte politische Einfluß der Spirituosenhändler, Fabrikanten und hauptsächlich der zahlreichen Verleiher auf die Wähler, und infolgedessen auch auf die Parlamentarier. In den Schänken wird die Politik besprochen, in den Schänken finden die Wählerversammlungen statt und der Schandakt ist der Vertrauensmann und beste Agitator des Abgeordneten. Deshalb waren bisher alle Versuche, die zum guten Teil durch den Alkohol bewirkte Degeneration der Nation durch ein Alkoholverbot aufzuhalten, vergeblich. Nun hat Briand, der immer mehr und mehr Diktatoralent entwickelt, mit einem für sein Land zweifellos glücklichen Fies die parlamentarische Korruption wehrlos gemacht.

Schweden.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag wurde vom König mit einer Thronrede eröffnet, in der es unter anderem heißt: „Schwer ist die Zeit in der König und Reichstag in gemeinsamer Verantwortung für die Sicherheit der Zukunft des Reiches sich wieder zusammenfinden. Mein Ziel, dem ich unter Zustimmung des ganzen Landes zustrebe, ist, die Freiheit und des Selbstbestimmungsrecht des Reiches zu sichern und seine Neutralität zu wahren. Die vermehrte Wehrbereitschaft der Land- und Seestreitkräfte des Reiches muß immer noch aufrecht erhalten werden. Die einstimmigen Aeußerungen während des letzten Reichstages zur Frage der Alandsinseln sind für mich eine Stütze bei meinen Bemühungen, sie zur Lösung zu drängen wie die Lebensinteressen Schwedens sie verlangen.“ Die Thronrede kommt dann auf die Schwierigkeiten der Lebensmittelschaffung zu sprechen und stellt insbesondere Kriegsbeschäftigten in Aussicht. Weiter wird der Verpflegung der Wehrmacht unter Ausnutzung aller im Kriege gemachten Erfahrungen verlangt. Außerdem wird erwähnt ein Gesetzentwurf auf Regelung der Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, neue Eisenbahnanlagen in Norland, Erhöhung der Leistungen der Staatsbahn und Erweiterung des Telephonnetzes. Der Budgetvoranschlag enthält 480 724 200 Kronen (68 1/2 Millionen mehr als voriges Jahr), als Ausgaben für das Jahr 86 Millionen, für die Flotte 35 1/2 Millionen. Der Kriegsminister kündigte Regierungsvorlagen über Anschaffung neuer schwerer Artillerie und Reorganisierung und Erweiterung der Fliegertruppen an. Die Erhöhung der Steuern wird auf 18 Millionen berechnet.

Norwegen.

Keine Eiseneinfuhr mehr.

Kristiania, 15. Jan. (B. V.) Wie norwegische Blätter übereinstimmend melden, hat die Einfuhr von Eisen nach Norwegen in der letzten Zeit so gut wie ganz aufgehört. Aus Deutschland sind nur noch vereinzelte kleinere Partien eingetroffen. Die norwegische Regierung verhandelt zwar gegenwärtig mit den Deutschen über die Freigabe einer kleineren Menge zur Ausfuhr nach Norwegen. Aber selbst wenn diese Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis führen würden, werde das kaum viel nützen. Die vorhandenen Vorräte reichten nur noch für ganz kurze Zeit. Aus England und Belgien erhalte Norwegen überhaupt nichts mehr. Die Einfuhr aus Amerika sei ganz unsicher, außerdem seien die Preise infolge der hohen Fracht um 300 Prozent gestiegen. Deshalb beabsichtige man in norwegischen Eisenhandelskreisen, daß, wenn nicht Deutschland Norwegen entgegenkommen zeige und größere Mengen zur Ausfuhr nach Norwegen freigebe, die meisten norwegischen Eisenerzwerke und Schiffswerften über kurz oder lang den Betrieb bedeutend einschränken oder ganz einstellen müßten.

Dänemark.

Die Kriegsgefangenenfrage.

Kopenhagen, 18. Jan. Zu den Auslassungen der Regierung über die Kriegsgefangenenfrage veröffentlicht das Ministerium des Neupern eine Erklärung, in der auf die Erklärung des Ministers des Neupern im Folketing vom 26. Oktober 1916 verwiesen wird, in der dieser betonte, daß der von der Regierung beschlossene Plan, der sich auf die von den ausländischen Mächten ausgesprochenen Wünsche gründe, der einzig durchführbare sei. Derselbe berücksichtige die Forderungen, die die Kriegsführenden betreffend der Verpflegung und Bewachung der Kriegsgefangenen gestellt hätten und stellen müßten. Der Plan sei wegen der

und des Krieges zu bezahlen, die neue Banknoten, nämlich die 100-Mark- und 50-Mark-Scheine, zu leisten. Die Regierung ist des Landes in provisorischen Verhältnissen.

Die Regierung ist des Landes in provisorischen Verhältnissen.

Die Regierung ist des Landes in provisorischen Verhältnissen.

Die Regierung ist des Landes in provisorischen Verhältnissen.

Die Regierung ist des Landes in provisorischen Verhältnissen.

Die Regierung ist des Landes in provisorischen Verhältnissen.

Die Regierung ist des Landes in provisorischen Verhältnissen.

Die Regierung ist des Landes in provisorischen Verhältnissen.

Die Regierung ist des Landes in provisorischen Verhältnissen.

Die Regierung ist des Landes in provisorischen Verhältnissen.

Die Regierung ist des Landes in provisorischen Verhältnissen.

Die Regierung ist des Landes in provisorischen Verhältnissen.

durch leichte Streitkräfte gesicherte englische Linien.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

Der bulgarische Bericht.

